

## Eine souveräne Entscheidung

Manche Legenden halten sich hartnäckig. Wohl auch, weil sie von Freunden und Kontrahenten gleichermaßen kolportiert werden. Nicht nur Klaus Wowereit, sondern auch manche Genossinnen und Genossen in der LINKEN glaubten zu wissen, dass das Nein des Berliner Landesverbandes zum EU-Vertrag nur aufgrund des Drucks aus den Führungsetagen der Bundespartei zustande gekommen sei.

Beide Seiten irren. Die Ablehnung des Vertragswerks war eine souveräne Entscheidung, die wir selbst nach einer langen, mitunter kontroversen Debatte getroffen haben. An deren Ende wogen die Kritikpunkte an dem komplexen Vertragswerk schwerer als die durchaus auch darin erkennbaren Fortschritte. Insbesondere der Vorrang der europaweiten Freiheit des Marktes gegenüber Versuchen, ihn auf lokaler Ebene im sozialen Sinne zu regulieren, weist dabei in eine völlig falsche Richtung.

Die unterschiedlichen Sichtweisen auf diesen Vertrag zu artikulieren, muss legitim sein. Und zwar ohne sich sogleich dem Verdacht der Europafeindlichkeit auf der einen oder des Opportunismus gegenüber dem Zeitgeist auf der anderen Seite aussetzen zu müssen. Das selbständige Denken können und wollen wir uns weder vom Koalitionspartner noch von unserer Bundespartei abnehmen lassen. Die Erfahrung, wohin es führt, wenn wir das aufgeben, haben viele von uns in der LINKEN schon einmal gemacht.

■ Klaus Lederer, MdA  
Landesvorsitzender

# DIE LINKE. RENT

[www.die-rente-die-linke.de](http://www.die-rente-die-linke.de)



Foto: Annegret Gabelin

**Der Parteitag der LINKEN in Cottbus gab den Startschuss für eine Rentenkampagne.** Höhere Löhne in versicherungspflichtiger Beschäftigung, Beseitigung von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung, eine Erwerbstätigenversicherung für alle, Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren bei der gesetzlichen Rente, Nein zur Rente mit 67, Angleichung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West sind wichtige Forderungen der LINKEN.

## Werte gibt es nicht nur mit Gott

Die Abstimmung Berlins im Bundesrat zum EU-Vertrag ist bereits Geschichte. Und schon stehen neue Herausforderungen vor der rot-roten Koalition. 2006 haben wir entschieden, für alle Kinder ab der 7. Klasse das Fach Ethik auf den Lehrplan zu setzen. Stärker als bisher soll an den Schulen der Stadt die Diskussion über die Werte menschlichen Zusammenlebens geführt werden. Was für Rot-Rot klar war, nämlich das Fach erst ab der 7. Klasse und nicht in Konkurrenz zum Religions- und Weltanschauungsunterricht anzubieten, hat in Berlin erneut ein Volksbegehren ausgelöst. „Pro Reli“ heißt die Initiative, die eine Wahl zwischen Religion und Ethik von der 1. Klasse an will. Dabei haben Schülerinnen und Schüler hier bereits die Wahl. Sie können freiwillig entscheiden, ob sie die Angebote der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die das Land Berlin mit fast 50 Millionen Euro unterstützt, annehmen oder nicht. Diese Freiwilligkeit hat in der Stadt lange Tradition. Dass Religion hier kein Pflichtfach ist, geht auf das Berliner Schulgesetz zurück, das am 26. Juni seinen 60. Geburtstag hat. Gesichert wurde es im Grundgesetz durch die Bremer Klausel (Artikel 141). Sie besagt, dass Religion in jenen Ländern kein ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen sein muss, in denen am 1. Januar 1949 eine andere Regelung Gesetz war. Für die multikulturelle und multireligi-

öse Gegenwart Berlins, in der zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger konfessionsfrei leben, ist die „Bremer Klausel“ ein Glücksfall. Sie passt zu dieser Stadt. Sie garantiert Religionsfreiheit ebenso wie einen toleranten Umgang mit allen Religionen und Weltanschauungen.

Die „Bremer Klausel“ ist weder eine DDR-Erfindung noch gibt es nur im Ostteil der Stadt konfessionell nicht gebundene Menschen. Dennoch besteht Grund zur Sorge, dass mit der Initiative „Pro Reli“ erneut eine Kampagne die Stadt spaltet. Denn es wird unterstellt, dass Ethik vor allem beschlossen wurde, um die Arbeit der christlichen Kirchen zu behindern. Als besondere Triebkraft wird dabei die im Ostteil der Stadt verwurzelte LINKE beschrieben. Und immer wieder heißt es, dass die Kirchen die Einzigen seien, die sich fundiert mit Fragen von Ethik, Moral und Werten auseinandersetzen können.

An einem solchen Ost-West-Zerwürfnis und Kulturkampf kann die Stadt kein Interesse haben. Werte gibt es nicht nur mit Gott. Deshalb werden wir deutlich machen: Mit dem Volksbegehren können die Bürger Berlins nicht mehr gewinnen als sie ohnehin schon haben – mit der Aufgabe der „Bremer Klausel“ dagegen eine libertäre Tradition verlieren.

■ Carola Bluhm, Fraktionsvorsitzende

## Thema:

### Radiomultikulti erhalten

Auf Kritik sind bei der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus die Pläne des rbb gestossen, Radiomultikulti einstellen zu wollen. Die Welle habe für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur viel geleistet und biete vielen Neu-Berlinern die Chance, sich in ihrer Muttersprache mit Problemen auseinanderzusetzen, hieß es aus der Fraktion. Integration und das Vermitteln unterschiedlicher Kulturen gehörten zu den Kernaufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hintergrund für die Entscheidung ist der massive Rückgang der Einnahmen beim rbb aufgrund eines „ungerechten Finanzausgleichs“ zwischen den ARD-Sendern, welcher nicht berücksichtigt, dass in Berlin und Brandenburg besonders viele Menschen von Hartz IV leben, die von den GEZ-Gebühren befreit sind.

### ICC wird saniert

Das Messe- und Kongresszentrum ICC soll bei laufendem Betrieb saniert werden. Dazu hat sich der Senat nach einem längeren Abwägungsprozess und mehreren Gutachten entschieden. Ein ursprünglich von der Linksfraktion favorisierter Neubau wäre zwar die kostengünstigere Variante für die Stadt. Allerdings wäre bei einem Neubau offen geblieben, was künftig aus dem ICC wird. Ein Abriss des Gebäudes stand nicht zur Diskussion. Die Industrie- und Handelskammer IHK kritisierte die Entscheidung.

### Beamte gleichgestellt

Lebenspartnerschaften werden im Berliner Beamtenrecht bei der Besoldung der Ehe gleichgestellt. Das beschlossen LINKE und SPD gemeinsam mit der Fraktion der Grünen. Eine analoge Gesetzgebung für den Bereich des Versorgungsrechts hat die Koalition ebenfalls bereits auf den Weg gebracht. Andere Länder sind da zurückhaltender. Erst kürzlich haben sie den Antrag Bremens und Berlins zur steuerlichen Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft im Bundesrat abgelehnt.

## Handeln, nicht nur reden

### DIE LINKE und der Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst

Jeder interessierte Zeitungsleser konnte in den letzten Monaten zur Kenntnis nehmen, dass die LINKE in der Regierungskoalition zum Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst von Anfang an eine differenzierte Position zugunsten der Forderungen der Beschäftigten eingefordert und sich damit in einen Konflikt mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner begeben hat. Erst vor wenigen Tagen wieder hat Carola Blum als Fraktionsvorsitzende einen Stufenplan für notwendige Gehaltsverbesserungen vom Senat gefordert.

Lehnte der Regierende Bürgermeister unter Bezugnahme auf den geltenden Anwendungstarifvertrag zu Jahresbeginn noch strikt jegliche Zahlung an die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor 2010 ab, so hat sich die SPD nun offenbar bewegt.

Der Innensenator hat mittlerweile Einmalzahlungen in Höhe von 2 x 225 Euro für die kommenden beiden Jahre angeboten.

Das reicht noch nicht, es ist aber ein Schritt in die richtige Richtung, um möglichst bald eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu erreichen. DIE LINKE. Berlin muss bei all ihrem Verständnis für die Forderungen der Landesbeschäftigten immer aber auch die nach wie vor desaströse Schuldenlast des Landes im Auge behalten.

Täglich zahlen wir 6,8 Millionen Euro Zinsschuld ab und die Gelder, die wir für die berechtigten Gehaltsforderungen der Beschäftigten des Landes ausgeben, nehmen wir aus dem gleichen Topf, aus dem wir alle anderen Ausgaben in dieser Stadt ebenfalls finanzieren müssen, vom gebührenfreien Studienplatz über den öffentli-

chen Beschäftigungssektor bis hin zu den Krankenhausinvestitionen.

Dieser Topf füllt sich in erster Linie aus den Steuern und den Abgaben der abhängig Beschäftigten in dieser Stadt.

Deshalb hat DIE LINKE im Umgang mit diesem Geld eine besondere Verpflichtung.

Zumal es in diesem konkreten Fall neben der Unterstützung der materiellen Forderungen auch um die Absicherung der Zukunft des öffentlichen Dienstes dieser Stadt geht.

Noch immer spielt Finanzsenator Sarrazin mit dem Gedanken eines weiteren Personalabbaus.

Wir aber wollen hier langfristig sichere Arbeitsplätze und einen Einstellungskorridor, der auch jungen Menschen eine Perspektive in der Stadt bietet.

Der Umgang mit dem Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst ist ein weiteres gutes Beispiel dafür, dass unsere Partei die richtigen Konsequenzen aus dem letzten Wahlergebnis gezogen hat.

Dennoch erleben wir bei allen möglichen Gelegenheiten, wie zuletzt im Landesausschuss, dass immer wieder gleichlautende, Stillstand suggerierende Anträge eingebracht werden, der Landesvorstand möge sich in diesem Konflikt positionieren. Aber das ist längst passiert!

Der Landesvorstand hat nicht nur Position bezogen, er setzt diese Position mit der Fraktion und den Senatoren bereits politisch um, wie man unschwer an der öffentlichen Darstellung des Konfliktes erkennen kann.

■ *Wolfgang Albers, MdA, Stellv. Landesvorsitzender*

## DISPUT

**Alles über den  
Cottbuser Parteitag.**

**Alle Beschlüsse.**

**Alle Reden.**

**Alle Wahlen.**

**Wie immer in:**

**DISPUT.**

Auslieferung ab 5. Juni. Zusätzliche Bestellungen ab sofort:

DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

disput@die-linke.de

Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de



Foto: Michael von der Meer

**1. Parteitag der Partei DIE LINKE: Halina Wawzyniak bei ihrer Bewerbungsrede.** Sie betonte besonders ihr Verständnis von Sozialismus als Menschenrechtsbewegung: „Für Sozialistinnen und Sozialisten muss gelten: Kein noch so ehrenwerter Zweck kann die Verletzung von grundlegenden Menschenrechten rechtfertigen.“ Sie wurde als eine von vier stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

## Mit Rückenwind in die Wahlkämpfe

### DIE LINKE ist nach ihrem Parteitag gut aufgestellt

Vielleicht hat auch der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE am 23./24. Mai 2008 dazu beigetragen, dass DIE LINKE in Schleswig-Holstein mit 6,9

Prozent einen großartigen Erfolg bei der Kommunalwahl feiern konnte. Herzlichen Glückwunsch!

DIE LINKE hat in Cottbus einen umfassenden Leit Antrag beschlossen, der die Kernpunkte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung aus LINKEr Sicht beantwortet und eine gute Grundlage für die Erarbeitung des Europa- und des Bundestagswahlprogramms darstellt. Und sie hat einen handlungsfähigen Vorstand gewählt.

Der beschlossene Leit Antrag fordert unter anderem eine radikale Reduzierung der Arbeitszeit, die Abschaffung des Renteneintrittsalters auf 67, flächendeckende Mindestlöhne von mindestens 8 Euro, gute Arbeit und globale Gerechtigkeit, „Weg von Hartz IV“, Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, starke öffentliche Unternehmen und eine Liberalisierung des Betäubungsmittelrechts. Mehr als 50 Einzelanträge lagen zum Leit Antrag vor und so hat es ein wenig gedauert, bis er beschlossen wurde. Aber das ist ja ein Signal, dass die Partei lebt und in ihr lebendige Diskussionen stattfinden. Und das ist wirklich gut so!

Auch in der Frage der Familienpolitik gibt es nunmehr eine eindeutige Position der Partei. Dazu zählen u. a. die Forderungen nach Abschaffung der steuerlichen Privilegierung der Ehe, nach

dem Ausbau eines hochwertigen und elternbeitragsfreien Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungs-

angebotes sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern.

DIE LINKE wirkt, in Berlin und auf Bundesebene. Während die Berliner die eigenen Forderungen auf ihre Praxistauglichkeit testen, werden auf der Bundesebene die anderen Parteien durch unsere Forderungen getrieben. Eine Konstellation, die viele

Möglichkeiten eröffnen könnte ...

Dass zum Schluss die „Internationale“ gesungen wurde, ist eine gute Tradition. Aber ein Teil der Berliner Delegation war am Abend vorher schon aktiv und hat im Sängerrinnen- und Sängertwettstreit mit einer Cottbuser Trommlergruppe nicht schlecht abgeschnitten. Vielleicht wurde dabei sogar ein neues Mitglied gewonnen ...

Die nächsten Wochen und Monate müssen genutzt werden, um weitere Mitglieder zu sammeln und die anstehenden Wahlkämpfe vorzubereiten. Wenn die Partei weiter am Ball bleibt, dann dürfte großen Wahlpartys zu großen Erfolgen 2009 nichts mehr im Wege stehen. Wenn die Partei sich auf ihre Stärken konzentriert und gemeinsam gefundene Debattergebnisse auch gemeinsam vertritt, dann dürfte es möglich sein, die Bundesrepublik tagtäglich ein Stück nach links zu verändern.

■ Halina Wawzyniak

### Realistisch und radikal!

Diesen Titel trägt die Gründungserklärung der bundesweiten Strömung Sozialistische Linke.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen verschärfter globaler Konkurrenz erleben wir einen ungeheuren Angriff auf soziale Errungenschaften und wieder eine verstärkte Militarisierung der Außenpolitik.

Wir als Sozialistische Linke setzen uns für eine weltweit solidarische Gesellschaft ein, die sich an menschlichen Bedürfnissen und nicht an Profitinteressen orientiert. Wir treten dafür ein, dass DIE LINKE als Teil der Widerstandsbewegung gegen Sozialabbau und Krieg aktiv wird.

Wir rufen dazu auf, dass DIE LINKE auch in Berlin die Streiks und Aktionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst für Lohnerhöhung und gegen Arbeitszeitverlängerung aktiv unterstützt. Geld ist genug da.

Es muss nur anders verteilt werden. Schon Erfolge bei Streiks sind geeignet, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben.

Eine LINKE, die in Arbeitskämpfen keine Position bezieht, schwächt sich selbst und verliert – wie die SPD – ihre Glaubwürdigkeit.

Gesellschaftliche Veränderungen können heute nur in einem Wechselspiel zwischen politisch-parlamentarischen Kräften und außerparlamentarischen sozialen Bewegungen durchgesetzt werden.

Für diese Positionen werden wir in der LINKEN, insbesondere in Berlin, streiten.

Deshalb hat sich am 18.10.2007 im Karl-Liebknecht-Haus die „Sozialistische Linke“ Berlin mit der Wahl ihres Koordinierungskreises als innerparteilicher Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE. Berlin konstituiert.

Wir laden alle Mitglieder der LINKEN sowie AktivistInnen in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften ein, die „Sozialistische Linke“ Berlin zu stärken.

■ Werner Halbauer



## Termine:

11. Juni  
Kulturdebatte Neue Medien  
**Beeinflussen die neuen Medien die Filmdramaturgie?**

Referentin: Prof. Dr. Kerstin Stutterheim  
Moderation: Prof. Dr. Dietrich Mühlberg  
Gemeinsame Veranstaltung von Helle Panke und KulturInitiative'89, Arbeitskreis Neue Medien  
Eintritt: 1,50 Euro  
19.30 Uhr, thm – Theaterhaus Mitte, Koppenplatz 12, 10115 Berlin

11. Juni  
Reihe „Alternative Metropolenpolitik“  
**Soziale Aspekte der Umwelt- und Gesundheitspolitik**

Referent: Dr. Benjamin I. Hoff (Staatssekretär)  
Eintritt: 1,50 Euro  
19 Uhr, Turm des Hauses am Frankfurter Tor 9, 10243 Berlin

16. Juni  
Kulturforum der RLS, Reihe Erinnerungskultur  
**Kritische Gedenkkultur**  
Mit Thomas Flierl, MdA  
19.30 Uhr, Kulturhaus Mitte, Auguststraße 21, 10117 Berlin

18. Juni  
brot, pop & musik  
Stefan Liebich und Gäste  
**Innere Sicherheit im 21. Jahrhundert: Wo bleiben unsere Grundrechte?**

Gäste: Sebastian Edathy, MdB SPD, und Jan Korte, MdB DIE LINKE  
Musik: „mezetRoyal“  
Eintritt: 1,50 Euro  
20 Uhr, Blauer Salon in der Brotfabrik, Prenzlauer Promenade 3/Caligariplatz, 13086 Berlin

21. Juni  
Reihe „PR- und Öffentlichkeitsarbeit“ (Seminar)  
**Layout für Öffentlichkeitsarbeit  
Texte für eigene Publikationen**  
Mit Jörg Staude und Christoph Nitz  
Eintritt: 5 Euro  
10–18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Seminarraum 2, 1. OG, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Bitte anmelden: Helle Panke, Tel: 030 47538724, Fax: 030 47538775

28. Juni  
Workshop  
**Der Kampf um die Zeit - Arbeitszeitdiskussion jenseits der 35-Stunden-Woche**  
Mit Axel Troost, MdB u. a.  
10.30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Seminarraum 1, 1. OG, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Kontakt: Dr. Lutz Brangsch (RLS), Tel: 030 44310 120, Fax: 030 44310 222

## Impressum:

DIE LINKE.  
Landesvorstand Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin  
Titel & Gestaltung: WARENFORM  
Druck: Druckerei Bunter Hund  
Redaktionsschluss: 28. 5. 2008

## Kalenderblatt:

### 15. Mai 1908

## Seit 100 Jahren Frauen in Parteien

Der 15. Mai 1908 war ein entscheidender Tag für die deutsche Frauenbewegung, deren Geschichte im Vor- und Umfeld der 1848-er Revolution begonnen hatte. Denn kaum fingen Frauen an, für ihre Rechte einzutreten, wurde ihnen politische Betätigung mit dem Erlass der preußischen Vereinsgesetze im Jahre 1850 wieder verboten (Gesetz zur Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechtes). So hieß es in den Ausführungsbestimmungen: „Politischen Vereinen ist die Aufnahme von Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen verboten. Auch dürfen solche Personen nicht an Versammlungen und Sitzungen teilnehmen, bei denen politische Gegenstände verhandelt werden.“ Besonders hart traf dieses Politikverbot für Frauen die sozialistischen Arbeiterinnen. Die bürgerlichen Frauenvereine umgingen dieses Politikverbot, indem sie sich auf scheinbar „unpolitische“ Themen wie Bildung und Soziales konzentrierten. Die Sozialistinnen dagegen wurden überwacht, verboten und ihre Aktivistinnen verurteilt. Erst fast 60 Jahre später wurde das Politikverbot für Frauen in Deutschland wieder aufgehoben – im Ergebnis des politischen Kampfes vor allem der sozialistischen Arbeiterinnen und Gewerkschafterinnen. Mit dem Inkrafttreten des ersten Reichsvereinsgesetzes am 15. Mai 1908 konnten Frauen Mitglied in einer Partei werden.

DIE LINKE hat sich in ihren programmatischen Eckpunkten zu diesem Erbe klar bekannt: zum Kampf vieler Frauengenerationen für ihre sozialen und politischen Rechte und Gleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft. Der 15. Mai ist eine besondere historische Verpflichtung für die neu gegründete LINKE: 100 Jahre nach dem Ende des Politikverbotes für Frauen müssen sie nicht nur formal die gleichen Möglichkeiten haben, am Parteileben zu partizipieren, sondern real und wirksam! Dazu gehört jedoch auch die Selbstermächtigung, sich in die Diskussionen und Entscheidungen der Partei auf allen Ebenen einzumischen. Übrigens auf das aktive und passive Wahlrecht mussten Frauen noch weitere zehn Jahre warten. Erst am 12. November 1918 verkündete der Rat der Volksbeauftragten die Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts auch für Frauen. Damit begann ein neues Kapitel politischer Partizipation für Frauen – ein Thema für ein anderes Kalenderblatt?

■ Kirsten Tackmann, MdB

### Lesetipp:

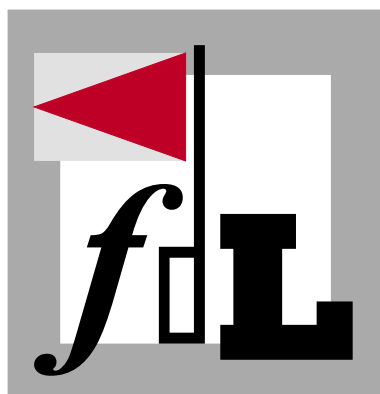
*Claudia von Géliou: Vom Politikverbot ins Kanzleramt, Ein hürdenreicher Weg für Frauen, Lehmanns Media, Berlin 2008*

## 13.–15. Juni: Fest der LINKEN

### Kultur, Politik, ND-Pressfest und Party

u. a. im Café Krull, Kesselhaus, Maschinenhaus, auf der ND-Live-Bühne, der SODA-Bühne und der Frantz-Bühne, in der Literaturwerkstatt, den Höfen der Kulturbrauerei und im Palais

### DIE LINKE. Berlin präsentiert sich auf der SODA-Bühne:



#### 14. Juni

12 Uhr – Ratschlag für Demokratie – Was hilft gegen Gewalt und Rechtsextremismus? (u. a. mit Heidi Knake-Werner, Sozialsenatorin)

13 Uhr – Harald Wolf im Gespräch

14 Uhr – Be Berlin! – Wessen Stadt ist die Stadt?

16 Uhr – Gespräch mit Petra Pau, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

17 Uhr – Senatorin Katrin Lompscher im Gespräch davor und dazwischen Musik mit Suzanna & Band, Manfred Maurenbrecher & Band und Trio Scho

18 Uhr – EM-Fußballübertragung

**KulturBrauerei, Schönhauser Allee 36, Berlin-Prenzlauer Berg**  
Komplettes Programm: [www.fest-der-linken.de](http://www.fest-der-linken.de)

# SERVICE